

FRIEDEN LEHREN IN KOLUMBIEN

Seit über fünfzig Jahren prägt ein bewaffneter Konflikt Kolumbien, dessen Ursachen in tief verwurzelten gesellschaftlichen Ungleichheiten liegen, die bis heute fortbestehen. Aufgrund des 2016 unterzeichneten Havanna-Abkommens zwischen der Regierung und der FARC-Guerilla gibt es nun eine historische Chance auf Frieden und soziale Gerechtigkeit. Der Zugang zu Bildung, die pädagogische Praxis und die Darstellung des gewaltsamen Konfliktes in Bildungsmedien beeinflussen das Friedensverständnis der kommenden Generationen. Ob Frieden nachhaltig gelingt, hängt daher auch davon ab, wie soziale Teilhabe und gewaltfreies Miteinander in Schulen gelebt und gelehrt wird und welchen Bedingungen der Umgang mit der Vergangenheit unterliegt.

FRAGILER FRIEDENPROZESS

Der Weg zu einem nachhaltigen, gesellschaftlichen Frieden in Kolumbien ist noch ein weiter und es bedarf umfassender Reformen, um die soziopolitischen Konfliktursachen auszuräumen. Ungleicher Landbesitz, Landraub, Binnenvertreibung und weitverbreiteter Nepotismus haben zu einer tiefverwurzelten gesellschaftlichen Spaltung geführt. Mit einem Gini-Koeffizienten von 54,8 steht Kolumbien auf Platz drei der Länder mit der höchsten Ungleichheit weltweit. Schwache staatliche Institutionen und die strukturelle Ausgrenzung großer Bevölkerungsteile haben der Entstehung verschiedener bewaffneter Gruppen, dem Drogenhandel und der Manifestation von Parallelstrukturen durch Gewaltakteure einen fruchtbaren Nährboden bereitet.

Mit dem Friedensvertrag zwischen dem kolumbianischen Staat und der Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia (FARC) unterzeichneten zwei der wichtigsten Konfliktparteien ein Abkommen, das zum Ziel hat, die soziale Ungerechtigkeit und die Kluft zwischen Arm und Reich zu überwinden und der Gewalt ein Ende zu bereiten. Die Forderungen bezüglich einer friedlichen gesellschaftlichen Transformation beinhalten wirtschaftliche und politische Teilhabe sowie die Aufarbeitung und Anerkennung begangenen Unrechts und eine Wiedergutmachung für Opfer des Konfliktes.

Die Implementierung des Vertrages stockte lange Zeit aufgrund fehlenden politischen Willens und gewann erst 2022 mit der Wahl von Gustavo Petro zum Präsidenten und

Das Forschungsprojekt „Negotiating the Future of Democracy – Schools and the Politics of Education in the Colombian Peace Process“ untersucht auf verschiedenen Ebenen, welchen Beitrag Bildungspolitik bei der Aufarbeitung des jahrzehntelangen Bürgerkrieges in Kolumbien leisten kann. Basierend auf der Analyse von Bildungsdebatten, pädagogischen Praktiken und Bildungsmedien, richtet sich dieser Policy Brief an deutsche politische Stiftungen und Organisationen internationaler Zusammenarbeit, die in Kolumbien tätig sind, um Handlungsempfehlungen aufzuzeigen, wie mittels Bildungsprojekten in Kolumbien ein friedlicher Umgang mit der gewaltsamen Vergangenheit gefördert und wie eine demokratische Zukunft gestaltet werden kann.

mit seiner Politik des „paz total“, die Frieden auf allen Ebenen und im Dialog mit allen Akteuren anstrebt, neuen Schwung. Jedoch lassen sich über Jahrzehnte entstandene Machtstrukturen und Elitismus nur schwer aufbrechen und Demokratieförderung bedarf einer systematischen Sensibilisierung und Stärkung einer mündigen Zivilgesellschaft. Das Bildungssystem kann in diesem Transformationsprozess eine Schlüsselrolle spielen und dazu beitragen, zukünftige Generationen ein gewaltfreies Miteinander zu lehren. Entscheidend dafür sind der gleiche Zugang zu Bildung, die pädagogischen Handlungsspielräume von Lehrer*innen und ausgewogene Lehrbücher, die Konfliktinhalte und politische Herausforderungen faktisch korrekt und kontrovers darstellen.

SCHULEN ALS AUSHANDLUNGSRORTE DES FRIEDENS?

Die Rolle von Bildung als wichtigem Bestandteil in Prozessen von Transitional Justice (TJ) ist in der Friedens- und Konfliktforschung unumstritten. Der Kern von TJ ist es, in Gewaltkontexten Bedingungen für eine friedliche Transformation von politischen und sozialen Strukturen zu schaffen, die es einer Gesellschaft erlauben, begangenes Unrecht der Vergangenheit aufzuarbeiten, Opfer von Gewalt zu entschädigen und durch Demokratieförderung Vertrauen in staatliche Institutionen herzustellen.

Schulbildung soll dabei Geschichtsbewusstsein herstellen, zu machtkritischem Denken befähigen und so eine Reproduktion von Gewaltstrukturen verhindern. Ziel ist es auch, eine gemeinsame, gewaltfreie Wertebasis zu vermitteln, die als Grundlage der Sensibilisierung für Unrecht und der Entwicklung von Friedensvorstellungen dient und Schüler*innen dazu befähigt, einen aktiven Beitrag zum Frieden zu leisten.

Somit können Schulen zu zentralen Orten der Friedensbildung werden, an denen künftige Generationen Wissen über den gewaltsamen Konflikt erlangen und eigene Fähigkeiten und Kompetenzen für friedliches Miteinander erlernen. Diesen Anspruch an Schulbildung vor Augen, ist es wichtig zu analysieren, in welchem Kontext Bildung stattfindet, welche Handlungsspielräume Lehrkräfte in ihrer pädagogischen Praxis haben und welchen Restriktionen sie in der Ausübung ihrer Tätigkeit unterliegen.

Am Beispiel Kolumbiens zeigen sich die großen Herausforderungen, die mit Schulbildung als friedensstiftendem Instrument einhergehen. Durch die extensive Privatisierung des Bildungssektors bestimmt das familiäre Einkommen über den Zugang zu den angesehen Privatschulen des Landes und damit über die soziale Mobilität und Teilhabe. Diese sozio-ökonomische Einschränkung bei der Schulwahl reproduziert auch Vulnerabilitäten für Gewaltstrukturen. Je nach Örtlichkeit und Ressourcen können Schulen durch Sicherheitsmaßnahmen ihre Lehrkräfte und Schüler*innen vor äußeren Einflüssen schützen. Die Tatsache, dass Bildungsinstitutionen in Kolumbien oft in die Schusslinie gewaltsamer Auseinandersetzung geraten und Lehrkräfte und Schüler*innen Opfer von Konfliktgeschehen werden, hat verschiedene Gründe. Hierbei werden zum einen Schüler*innen aufgrund ihrer gesellschaftlichen Verletzlichkeit zwangsrekrutiert und von bewaffneten Gruppen absorbiert. Zum anderen aber möchten Konfliktparteien Einfluss darauf nehmen, welches Narrativ über die Vergangenheit und die Gegenwart vermittelt wird. Somit stehen auch Lehrkräfte oft an der Frontlinie lokaler Machtkämpfe und sind den Repressionsstrukturen bewaffneter Gruppen ausgesetzt, die sie bei der Ausübung ihrer Arbeit unter Druck setzen.

In Kolumbien hängt die Vulnerabilität von Lehrkräften bei der Wissensvermittlung rund um den Bürgerkrieg auch mit der institutionellen Lehrautonomie von Schulen zusammen. Zwar gibt es nationale Curricula, jedoch obliegt es der Entscheidung der einzelnen Institutionen, wie und in welchem Maße bestimmte Inhalte vermittelt werden. Dies bürdet den Lehrkräften ein hohes Maß an Verantwortung auf und setzt sie Risiken aus, wenn sie über Themen wie Konfliktursachen, Täter-Opfer-Dynamiken und schwere Menschenrechtsverbrechen sprechen. Ihre Handlungsspielräume in der Themenvermittlung sind stark von der Präsenz bewaffneter Akteure (seien es Guerillaeinheiten oder paramilitärische Gruppen) abhängig, die oft versuchen, eine Thematisierung der von ihnen begangenen Gewalt zu unterbinden.

In diesem Zusammenhang ist wichtig zu betrachten, welche Lehrmaterialien Schulen zur Verfügung stehen, um über den gewaltsamen Konflikt in der Vergangenheit und der Gegenwart zu sprechen. Von besonderem Interesse ist die Untersuchung der Konfliktnarrative in Schulbüchern, um herauszufinden, welche Darstellung offiziell vorangetrieben wird und welche didaktische Unterstützung Lehrkräfte in der Vermittlung konfliktiver Inhalte erhalten, um das friedensstiftende Potenzial von Bildung in Kolumbien umzusetzen.

SCHULBÜCHER ALS LEHRQUELLE

Das Angebot an kolumbianischen Schulbüchern ist sehr überschaubar; es gibt nur drei große Schulbuchverlage sowie vom Bildungsministerium zur Verfügung gestelltes Lehrmaterial. Klassischerweise werden Themen aus Politik, Gesellschaft, Geschichte und Kultur im Fach Sozialkunde vermittelt. Die Behandlung des Bürgerkrieges findet in der Oberstufe statt.

Die Qualitative Inhaltsanalyse der neuesten Auflagen (2016 - 2020) der entsprechenden Schulbücher zeigt, dass der Bürgerkrieg bis hin zum Friedensvertrag 2016 und auch aktuelle Konfliktdynamiken zum festen Gegenstand des Unterrichts in Klasse 10 und 11 zählen. Dies allein ist als Errungenschaft der Schulbildung und der Aufarbeitung der blutigen Vergangenheit zu betrachten, allerdings ist die Darstellung des Konfliktnarratives und des vermittelten Friedensverständnisses nicht unproblematisch, da wichtige Elemente wie beispielsweise die Etablierung der Wahrheitskommission zur Aufarbeitung der Menschenrechtsverbrechen kaum Beachtung finden.

1. Konfliktnarration

Die historische Entwicklung des Bürgerkrieges (1950-1991) erhält in der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit viel Raum. Dabei stehen gesellschaftliche Unge-



Schulaufnahme im Resguardo Arhuaco, Sierra Nevada, Magdalena.

rechtigkeit, Ausgrenzung und fehlende politische Teilhabe im Mittelpunkt und werden als Ursache für die Entstehung der FARC-Guerilla genannt. Im Zuge der deskriptiven Darstellung der gewaltsamen Eskalationsdynamik werden die relevanten Konfliktakteure benannt, sowie ihre komplex-fluiden Beziehungen untereinander (zwischen Bekämpfung und Kollaboration) vorgestellt. Auch werden ihre unterschiedlichen Handlungsmotivationen und die von ihnen ausgeübten Gewaltformen dargestellt. Ebenso werden vielfältige Menschenrechtsverbrechen angesprochen und es wird benannt, wer sie zu verantworten hat; dabei wird auch die Rolle des Staates und die Beteiligung von Sicherheitskräften nicht außer Acht gelassen.

Geht es allerdings um die Konfliktgeschichte der letzten dreißig Jahre, verändert sich das Narrativ und es wird ein Bild gezeichnet, das eine differenzierte Darstellung vermissen lässt. Dies betrifft die kritische Auseinandersetzung mit staatlichem Handeln, die strukturellen Verflechtungen zwischen Politik und gewalttätigen Gruppen und die Vermittlung von Kausalzusammenhängen zwischen der gewaltsamen Vergangenheit und Herausforderungen der Gegenwart.

Ein Beispiel hierfür ist der Umgang mit dem Paramilitarismus. Zwar wird die Verantwortung der Paramilitärs für die Mehrheit der Menschenrechtsverbrechen benannt, ihre systematische Verbindung mit dem Staat aber lediglich auf die Korruption einzelner Politiker*innen reduziert. Zudem wird eine kritische Perspektive auf staatliches Handeln wie beispielsweise die ultrarechte Politik der *seguridad democrática* des ehemaligen Präsidenten Álvaro Uribe, welche eine durchaus umstrittene Militarisierung Kolumbiens zur Folge hatte, nur begrenzt angeregt. Es mangelt folglich an einer konsequenten machtkritischen und multiperspektivischen Auseinandersetzung mit den systematischen Gewaltdynamiken der jüngsten Vergangenheit.

2. Gewaltverständnis und Friedenskultur

Die Thematisierung von Gewalt hört in den Schulbüchern jedoch nicht mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages auf. Aktuelle politische und sozioökonomische Probleme wie fehlende Staatlichkeit, Binnenvertreibung, Diskriminierung von Minderheiten, organisierte Kriminalität sowie fehlende Geschlechtergleichberechtigung werden in den Schulbüchern unterschiedlich dargestellt.

Während der florierende Drogenhandel und die Binnenvertreibung tendenziell in ihrem quantitativen, statistischen Ausmaß aufgezeigt werden, wird die staatliche Fragilität auch in ihrer qualitativen Konsequenz beleuchtet. Hierbei wird der Staat in seiner eingeschränkten Funktionsfähigkeit betrachtet und in die Verantwortung genommen, gesellschaftliche Ordnung und Sicherheit herzustellen, politische Teilhabe zu ermöglichen und für Verteilungsgerechtigkeit zu sorgen.

Dies zeigt, dass Schulbücher durchaus ein strukturelles Gewaltverständnis aufgreifen, welches Minderheitenschutz und Geschlechtergerechtigkeit als soziale Herausforderungen benennt, die durch staatliche Maßnahmen ausgeräumt werden müssen.

Angesichts der Anerkennung dieser strukturellen Dimensionen von Gewalt ist es erstaunlich, dass Frieden in der seit 2016 gesetzlich verpflichtenden „Cátedra de paz“ und aktuellen Bildungsprogrammen (wie CRESE) unter dem Schlagwort *Friedenskultur* wiederum auf individueller Ebene hergestellt werden soll. So lernen die Schüler*innen in den didaktischen Einheiten der Schulbücher zur Konfliktbearbeitung, dass Frieden durch kognitive, emotionale, integrative und kommunikative Kompetenzen entsteht. Diese Verantwortungsverortung für Frieden bei den Individuen ignoriert die kontextuale Gewaltlogik von bewaffneten Konflikten und Machtstrukturen.

FRIEDEN LEHREN BEDARF POLITISCHEN WILLENS

Um Kolumbien in eine friedliche Gesellschaftsstruktur zu überführen, die aus den Fehlern der Vergangenheit lernt, Ungerechtigkeit anerkennt und zukünftigen Generationen mehr Teilhabe ermöglicht, bedarf es der politischen Transformation auf mehreren Ebenen. Der Zugang zu Bildung sowie der Schutz von Bildungseinrichtungen sind wichtige Bestandteile einer demokratischen Neuausrichtung und Aufgabe der nationalen *Policy*.

Durch die Entkoppelung guter Bildung von ökonomischen Möglichkeiten soll der neuen Generation ermöglicht werden, Dynamiken sozialer Ungleichheit zu überwinden. Besonders das Wahljahr 2026 bietet die Möglichkeit, mit alten elitären Strukturen zu brechen, eine politische Agenda der demokratischen Teilhabe voranzutreiben, machtkritische Diskurse zu fördern und dies in der Bildungspolitik zu manifestieren.

Der Wissenschaft kommt dabei die Aufgabe zu, Bildung im politischen Kontext zu analysieren und offenzulegen, in welche Machtgefüge schulische Bildung eingebettet ist, welchen Restriktionen sie unterliegt und welche blinden Flecken und Lücken die zur Verfügung stehenden Bildungsmaterialien aufweisen.

EMPFEHLUNGEN FÜR POLITISCHE STIFTUNGEN

Politische Stiftungen und außenpolitische Akteur*innen könnten vor diesem Hintergrund eine stärkere Rolle bei der Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften sowie bei der Entwicklung aktueller Bildungsmedien übernehmen, da sie nicht unmittelbar dem stark polarisierten nationalen politischen Akteurspektrum zugeordnet sind.

Netzwerkförderung lokaler Akteur*innen und Initiativen
Unterstützung lokaler Bildungsakteur*innen, Historiker*innen und Menschenrechtsorganisationen beim überregionalen Ausbau von Netzwerkstrukturen und Formaten zum strategischen Austausch

Förderung dialogischer Formate

Schaffung von Fortbildungsangeboten, die schulische und außerschulische Lernformate fördern, aktuelle politische Fragen aufgreifen, kontroverse Debatten ermöglichen und kritische politische Urteilsfähigkeit stärken

Stärkung kontextbezogener Lerninhalte

Förderung von Lehrmaterial und Bildungsmedien, die Ursachen, Akteur*innen und Dynamiken politischer Gewalt und bewaffneter Konflikte in Kolumbien (national und lokal) faktenbasiert darstellen und Menschenrechtsverbrechen und die verantwortlichen Akteur*innen historisch einordnen

Friedensarbeit durch politische Bildung

Unterstützung von Ansätzen und Materialien, die Frieden als politische Gestaltungsaufgabe verstehen und über individualisierte Gewaltprävention hinausgehen, dabei demokratische Praxis und politische Prozesse kritisch analysieren und historische Erfahrungen auf die Gegenwart beziehen

Absicherung unabhängiger Bildungsarbeit

Langfristige Förderung, Schaffung von Schutzräumen und institutionelle Stärkung lokaler Organisationen, die unter schwierigen politischen Bedingungen kritische Bildungsarbeit leisten.

VERÖFFENTLICHUNGEN/LITERATURHINWEISE:

Ernst Jakob Kirchheimer, *Transitional Justice and the Politics of Education in Guatemala and Peru. Social Inequality, Violence and Memory in Textbooks and Classrooms*, Baden-Baden: Nomos, 2024.

Clara Ramírez-Barat und Martina Schulze (Hg.), *Transitional Justice and Education – Engaging Young People in Peacebuilding and Reconciliation*, Göttingen: V&R unipress, 2018.

Mario Novelli, „Education, conflict and social (in)justice: Insights from Colombia“, *Educational Review* 62, 3 (2010): 271-285.

IMPRESSUM

Leibniz-Institut für Bildungsmedien |
Georg-Eckert-Institut
Tel: +49 (0) 531 590 99 0
Fax: +49 (0) 531 590 99 99
E-mail: info@leibniz-gei.de
Website: www.leibniz-gei.de

AUTORIN:
Katharina Mann

REDAKTION:
Wibke Westermeyer

KONTAKT:
Catrin Schoneville
presse@leibniz-gei.de

LIZENZ:
CC-BY 3.0 Germany
urn:nbn:de:0220-2025-0138

